

Berliner Tageblatt

Nr. 461

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Dienstag, 29. September 1923

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Erklärung über die Kriegsschuld.

Der Zwischenfall.

Um die Veröffentlichung der deutschen Verbalerklärung. — Die nächste Ministerbesprechung in der Reichskanzlei. — Heute nachmittag neue Zusammenkunft Briands mit Hoeflich.

Nach der Unterredung, die der deutsche Botschafter in Paris gestern nachmittag mit dem französischen Außenminister Briand hatte, wurde die Reichsregierung sofort von der deutschen Botschaft über den Verlauf der Ausfertigung informiert. Ebenso wie Herr Schamer in London hatte Herr von Hoeflich bei der Überreichung des aide-memoire, in dem Deutschland die Einladung zur Konferenz der Außenminister annimmt, auftragsgemäß einige mündliche Erklärungen abgegeben. Diese Erklärungen bezogen sich, wie schon mitgeteilt, unter Hinweis auf das den sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundes überreichte deutsche Memorandum vom September vergangenen Jahres, auf die Kriegsschuldfrage und des Weiteren auf die Notwendigkeit der längst fälligen Klärung der Wiener Zone. Die Wiederaurollung der Kriegsschuldfrage in dieser Form ist der französischen Regierung unerwartet gekommen, und Herr Briand sprach den Wunsch aus, die deutsche Regierung von der Veröffentlichung der mündlichen Erklärungen des Botschafters absehen möge. Sofort nach Übermittlung dieses Wunsches berief der Reichskanzler den Außenminister Dr. Stresemann und einige andere Kabinettsmitglieder, die gerade erreichbar waren, zu einer internen Besprechung in der Reichskanzlei. Diese Besprechung dauerte von 9 Uhr abends bis 1/2 11 Uhr nachts. Man kam zunächst überein, daß dem französischen Wunsch, nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen nicht entsprechend werden könne. Es steht also die Veröffentlichung des aide-memoire und die daran geknüpften Erklärungen der Botschafter deutschseits bevor. Nur der Termin der Veröffentlichung ist zur Stunde noch nicht festgelegt, da man in dieser Hinsicht mit den Alliierten einigig abzuwarten will. Worin sich die für morgen, auf heute mittig ist ein französischer Kabinettsrat abzuhalten, und man rechnet in deutschen Kreisen mit der Möglichkeit, daß Frankreich darin in Bezug einer Weise zur Kriegsschuldfrage Stellung nehmen wird. Dieser halten sowohl die französische wie die englische Regierung, trotz dieses „Zwischenfalls“, daran fest, daß die Konferenz am 5. Oktober in Locarno stattfinden soll. Sollten allerdings etwaige französische Gegenmaßnahmen zu Weiterungen führen, so ist eine Verschiebung der Konferenz immerhin noch möglich.

Was parlamentarischen Kreisen hören wir, daß die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses beantragt werden wird, falls nicht in vierwöchigen Stunden dieser „Zwischenfall“ erledigt sein sollte.

Der Botschafter Dr. v. Hoeflich in Paris wird heute mittig vom französischen Außenminister Briand empfangen werden.

*

Wie von anderer Seite noch mitgeteilt wird, hat der französische Außenminister Briand in seiner letzten Unterredung mit dem deutschen Botschafter v. Hoeflich vor allem Dinge auf dem Tisch gebracht, die bisher noch nicht veröffentlicht wurden. Diese Neuheit muß wohl dahin anzunehmen werden, daß Briand auf seiner Unterredung mit Hoeflich den Eindruck hatte, die deutsche Regierung werde sich nicht damit begnügen, in einer einseitigen, formalen und mündlichen Erklärung zur Kriegsschuldfrage Stellung zu nehmen, sondern daß vielmehr unter dem Druck der Deutschnationalen eine schriftliche Fixierung dieses Vorganges in einer auch für die alliierten Regierungen verbindlichen Form erfolgen sollte. Außerdem dürfte darauf hingewiesen werden sein, daß keine der alliierten Regierungen auch nur im geringsten daran denkt, von Deutschland eine Wiederholung des Schuldbestimmnisses, gleichgültig welcher Art, zu verlangen, daß vielmehr diese ganze Frage von der interalliierten Diplomatie im Laufe des letzten Jahres überhaupt nicht mehr angefaßt worden ist und für die öffentliche Meinung in den früher feindlichen Ländern immer mehr den Charakter einer rein historischen und wissenschaftlich zu lösenden Angelegenheit annimmt.

Die Vorgeschichte der „Verbalerklärung“.

Aus diplomatischen Kreisen erzählt der „Reichsdienst der deutschen Presse“ über die Vorgeschichte der Schwierigkeiten, die zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Regierungen in den letzten Tagen angehängt sind, folgende Einzelheiten: Als Deutschland den alliierten Vertretern in Paris mitteilte, daß es auf die Einberufung der alliierten Regierungen zu der Sicherheitskonferenz im besprochenen Sinne antworten werde, kündigte die deutsche Regierung gleichzeitig an, daß die deutschen Botschafter bei Überreichung der Antwort gewisse mündliche Erklärungen abgeben würden. Diese Aufkündigung stieß bei den alliierten Regierungen auf keinen Widerspruch, da man auf deutscher Seite schon vor längerer Zeit den alliierten Regierungen zu verstehen gegeben hatte, daß man die Zeit des Notwendigsten als beendet ansehe und in Zukunft sich auf mündliche

Erklärungen beschränken wolle. Als nun die deutschen Botschafter in Paris und London die Antwort der deutschen Regierung auf die Konferenzladung übergeben, gaben sie dazu gewisse Erklärungen ab, in denen insbesondere die Haltung der deutschen Regierung in der Kriegsschuldfrage dargelegt wurde. Gleichzeitig sollten die Botschafter den Inhalt dieser Erklärungen in schriftlicher Form übergeben, also nicht direkt als Note, sondern mit einer diplomatischen Wendung, als Verbalerklärung. Gleichzeitig kündigten die deutschen Botschafter an, die deutsche Regierung beabsichtige, die Verbalerklärung zu veröffentlichen. Dies ließ aber auf energischen Widerspruch bei Schamerlain und bei Briand. Insbesondere meinte man auf beiden Seiten, daß die Veröffentlichung solcher Erklärungen dem Gebrauch der letzten Zeit widerspreche, da Veröffentlichungen über schwebende Verhandlungen immer bis ins einzelne hinein, sogar bis zum Datum der Veröffentlichung immer vorher besprochen worden seien. Es ist nunmehr, wie der Reichsdienst weiter erzählt, ein Vermittlungsvorschlag von Entente-Seite erfolgt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß ein zwischen den Regierungen verabredetes Communiqué erscheint, in dem der Inhalt der Besprechungen der Botschafter mit den Außenministern in einer beiden Seiten genehmigen Form bekannt gegeben wird.

Die Wünsche der Deutschnationalen.

Von anderer Seite hören wir noch: Daß mit der Überreichung der deutschen Antwort die deutschen Botschafter auch Erklärungen über eine Anzahl von Fragen abgeben sollten, die mit der Klärung der Postfrage in Zusammenhang stehen, war bekannt. Unter den Punkten, die zur Klärung gelangen sollten, war nicht der Frage der Klärung besetzten deutschen Gebietes die wichtigste die Kriegsschuldfrage. Eine deutsche offizielle Erklärung hat gestern mit Recht darauf hingewiesen, daß ein auf Vertrauen gestelltes Verbot, wie der „Reichsdienst“ nicht zwischen Parteien abgeschlossen werden kann, vor denen die eine „mit dem Stigma einer schweren moralischen Schuld belastet“ ist. Diese Erklärung sollte ursprünglich so erfolgen, daß sie der Reichsdienst vor dem Auswärtigen Amt ausfuhr abgab und daß sie dann amtlich veröffentlicht wurde. Diese Form hat jedoch den Deutschnationalen nicht gefallen und sie haben die Abgabe der Erklärung in der jetzt erfolgten Form herbeigeführt.

Daß damit die Gabe der Konferenz und des Festes nicht gebrochen ist, steht heute schon fest. Seit Sonnabend, also seit der Unterredung Hoeflich mit Briand, hat zwischen der deutschen Botschaft in Paris und zwischen dem Auswärtigen Amt ein fortwährender Drahtverkehr stattgefunden. Stresemann hat infolgedessen seine geplante Reise nach Karlsruhe aufgegeben. Der Bericht Hoeflich über seine Unterredung mit Briand ist gestern abend um 9 Uhr in Berlin eingetroffen. Daraufhin hat gestern abend noch eine Besprechung der Reichsminister — kein Kabinettsrat — stattgefunden, der sich mit der Frage befaßte.

Die Schwierigkeit bildet die Frage der Veröffentlichung. Gegenüber von anderer Seite verbreiteten Meldungen, die die Konferenz als bedroht hinstellten, kann man sagen, da davon nicht gesprochen werden kann. Im Gegenteil bemüht sich die französische Regierung sehr sorgfältig, keine Ursache aufkommen zu lassen.

Die Hauptfrage ist, daß der Zwischenfall in seiner Bedeutung nicht übertrieben wird. Daß ist das Interesse aller an dem Zustandekommen der Konferenz interessierten Mächte. Deutschlands sowohl, wie auch, wie noch einmal betont sein möge, Frankreichs und Englands.

Briands Auffassung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 29. September.

Nach hier eingegangenen Erkundigungen entspricht die vom „Matin“ weitergegebene Auffassung über die Diskussion der Schuldfrage ungefähr der Ansicht Briands. Es ist möglich, daß die französische Regierung ihren Standpunkt noch in einer kurzen offiziellen Erklärung darlegen wird, wenn das deutsche Memorandum veröffentlicht wird. In jedem Falle hält man es in Paris für sicher, daß die Konferenz am 5. Oktober in Locarno beginnt. Da die Reichsregierung wiederholt betont hat, daß sie keine Bedingungen für die Annahme der Einladung stelle, sondern nur durch eine offene Darlegung der Verhältnisse den Weg für Verhandlungen freimachen wolle, werden keine Schwierigkeiten durch neue deutsche Einwendungen erwartet. Auch die vorläufige Fassung der Mitteilung über die gelungene Unterredung des deutschen Botschafters mit Briand, die, wie erwähnt, sehr freundschaftlich verlaufen ist, beweist den Wunsch des französischen Außenministers, zur Verständigung zu kommen. Im übrigen ist die Aufmerksamkeit der französischen Regierung durch die Verhandlungen in Washington so in Anspruch genommen, daß alles andere Interesse für den Augenblick zurückgedrängt ist.

(Siehe auch Seite 2.)

Dehlandkultur.

Die Verbreiterung unserer Ernährungsgrundlagen.

von [Redaktion verboten.] Dr. H. Wendorff, Staatsminister a. D.

Im Jahre 1924 hatte die deutsche Ernährung aus Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft, anderen tierischen und pflanzlichen Naturerzeugnissen, sowie Nahrungs- und Genussmitteln einen Wert von rund 6 Milliarden Reichsmark. Davon entfielen mehr als 800 Millionen auf die Einfuhr von Getreide, Reis und Mäliereierzeugnissen, nahezu 800 Millionen auf Vieh, Fleisch und tierische Fette, fast 250 Millionen auf Lohf- und Käseerzeugnisse. Der Einfuhrüberschuss betrug im gleichen Jahre 2 1/2 Milliarden und wird im laufenden Jahre erheblich höher, nach den Ergebnissen der ersten sechs Monate 1923 mehr als doppelt so hoch. Das bedeutet eine stetig wachsende Schuldverpflichtung gegenüber dem Auslande, die nur durch gleichzeitige Hebung der Ausfuhr und Minderung der Einfuhr zu mildern und beheben ist. Die Einfuhr an Nahrungsmitteln ist aber zu vermindern, wenn eine entschiedene Steigerung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung, eine schnelle Verbreiterung unserer einheimischen Ernährungsgrundlage erfolgt. Hierin muß es gelingen, was nur die Entschloßene über die sogenannte kleine Zolltarifvorlage fallen, wie sie will.

Die Vermehrung hat sich in zwei Richtungen zu vollziehen: durch Steigerung der Erträge von den in Kultur befindlichen Flächen mittels geeigneter Maßnahmen der Bestellung, Düngung und Meliorationen, und durch Erschließung bisher landwirtschaftlich nicht genutzter Flächen für die Erzeugung von Nahrungs- und Genussmitteln. Dabei handelt es sich um gewaltige Flächen, deren Umfang nicht genau bekannt ist; nach den vorliegenden Erhebungen ist aber im Deutschen Reich mit einer Fläche von über drei Millionen Hektar an Moor, Heide und Unland zu rechnen; im freizeitliche Preußen umfassen Ost-, Unland- und Moorflächen nahezu einmehlfach Millionen Hektar, die teils vertrieben liegen, zum größten Teil aber im Zusammenhang auf einzelne Landestteile zusammengefaßt sind. So umfaßt die Fläche Moor, Heide und Unland selbst in der Provinz Pommern noch 96 000 Hektar in Bommern 72 000 Hektar, in der Provinz Brandenburg insbesondere in der näheren Umgegend Berlins, 81 500 Hektar, in Ostpreußen 84 000, in Schleswig-Holstein 87 000 Hektar, die Provinz Westfalen über 100 000 und die Provinz Hannover sogar mehr als 770 000 Hektar.

Der größte Teil der Heidefläche ist als kulturfähig, als anbauwürdig anzusehen, allein in Preußen wird sich eine Million Hektar Neuland gewinnen lassen, das rund 33 Prozent seiner gesamten Ausbeutung. Die Fläche würde, mit Roggen bestellt, einen Jahresertrag von fünfzehn Millionen Doppelzentnern Weizenäquivalente ergeben, also den jährlichen Verbrauch von 7 1/2 Millionen Menschen decken; würde der Ertrag als Weizen, sei es als Getreide, sei es als Kartoffeln, Weiz- und Weiz, verwendet werden, so könnten damit rund 7 1/2 Millionen Zentner Fleisch erzeugt werden, was einer Fleischmenge von etwa 6 Kilogramm je Kopf der Bevölkerung Deutschlands entspräche.

Aber nicht auf Zahlen und Berechnungen kommt es an, hier heißt es, im Anfang wie die Zeit. Sie konnte nicht getan werden, solange es noch keine für nützlichen Düngemittel gab, da Unland selbstverständlich einer starken Zufuhr an Pflanzenernährungsstoffen bedarf (je Hektar etwa 83 Zentner, nämlich 60 Zentner Kalium, 5 Zentner Stickstoffdünger, 12 Zentner Phosphat und 6 Zentner Kali), der tierische Dünger aber nicht einmal für das vorhandene Kulturland ausreicht. Sie konnte nicht getan werden, solange nicht die für Moor- und Unlandkultur erforderlichen Kalkergate erbracht und hergestellt waren; sie konnte aber auch endlich nicht getan werden, solange Bekämpfung und Wiederkult der Eigentümer ihr hindernd im Wege standen.

Die Voraussetzungen sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten erfüllt worden. Es handelt sich darum, zu nächst die nötigen Vorarbeiten zur Entwasserung, die erforderlichen Wegebauten für die Zugänglichkeit durchzuführen, die ausreichenden Mittel bereitzustellen und die praktische Organisation zu schaffen. Auf den Hochmoorflächen, die sich im staatlichen Besitz befinden, befinden sich, besonders den 16 000 Hektar Hochmoor in Schlesien, arbeiten bereits sechs Landbaumotoren und sechs Dampftraktoren mit zwölf Lokomotiven; sie schaffen jährlich etwa 1200 Hektar Kulturland und werden in noch nicht einmehlfach Jahrzehnten die gesamte staatliche Hochmoorfläche der landwirtschaftlichen Kultur erschlossen haben. Wesentlich schwieriger liegen die Verhältnisse bei den Heideflächen in Privatbesitz, und das sind die weit überwiegenden. So allein der Kreis Benthien im Regierungsbezirk Osnabrück 15 000 Hektar, der Kreis Verden im Rheinbunrgischen ein Viertel seiner Gesamtfläche, d. h. 20 000 Hektar Heide, die auch bei Rauen, also vor den Toren Berlins, nahezu 40 000 Hektar Hektar. Die Urbarmachung vom Stamhof aus, deren Bedeutung und Leistungen gewiß nicht unterschätzt werden sollen, verlag gegenüber solchen Fällen, die vielfach auch in unwirtschaftlicher Entfernung vom Hof liegen. Ein Heidebauer, der oft das Vieh, fache an Heideboden, gegenüber dem Kulturland besitzt, ist natürlich gar nicht in der Lage, mit seinen geringen wirtschaftlichen und finanziellen Kräften die Urbarmachung, argenwie neuemwertigen Umfang durchzuführen. Endlich bedeuten die Kultivierungsarbeiten vom Hof aus gegenüber den gewaltigen Heideflächen nicht mehr als einen Tropfen auf den heißen Stein.

Deshalb mühten neue Wege zur Erschließung des privaten Dehlandes gesucht werden, und sie